

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Verbandskollegen! Zahlt Eure Verbandsbeiträge regelmäßig jede Woche vom Jahresanfang an!

Eine gerechte Besteuerung.

Reben der Möglichkeit, die Staatsbürger indirekt, durch Belastung der Verbrauchsgüter und des Verkehrs, zu besteuern, besteht noch die Möglichkeit, sie direkt, durch Belastung ihres Vermögens und Einkommens, zu besteuern. Wenn hierbei der Grundgedanke verfolgt wird, die höheren Einkommen verhältnismäßig stärker heranzuziehen als die niedrigen, so haben wir statt der indirekten Sachsteuer, die jeden Verbraucher gleichmäßig trifft, die direkte progressive Personalsteuer. Diese progressive steigende Einkommensteuer wird im sozialdemokratischen Programm als die einzige und allgemeine Steuer gefordert; sie wird als die denkbar gerechteste Steuer bezeichnet, und wir finden sie tatsächlich auch im Beginn der Steuer-geschichte fast aller Kulturstaaten.

Offenbar hat sie viele Vorzüge. Zunächst gewährt sie die Möglichkeit, die Einkommen nach ihrer Höhe steuerlich zu fassen und die unteren Steuerfrei zu lassen, während bei der indirekten Steuer der Verbrauch des einzelnen ohne Rücksicht auf das Einkommen oder Vermögen gleichmäßig besteuert wird. Bei der Einkommensteuer wird der Wohlstand der Millionäre dieselbe Steuer wie der Lohnarbeiter. Ferner hat die direkte Einkommensteuer den Vorteil, daß sie an den Warenpreisen nichts ändert und daß sie auf keinen andern abwälzt werden kann. Endlich entspricht sie auch insofern der sozialen Gerechtigkeit, als sie eine be- wußte und planmäßige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse des einzelnen gestattet. So können zum Beispiel die Familienverhältnisse und auch die verschiedenen Arten des Einkommens (Einkommen aus eigener Arbeit oder aus Ausbeutung fremder Arbeit, aus Zins, Grundrente, Spekulation usw.) berücksichtigt werden. Gerade diese Möglich- keit macht die Einkommensteuer zu einem Steuer-system, das den Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit am weitesten entgegenkommt.

Selbstverständlich werden gegen das System einer pro- gressiven Einkommensteuer mancherlei Einwände erhoben, und man kann wohl behaupten, daß auch ganz hervorragende Steuerpolitikler Gegner dieses Systems sind. Auch der Schatzsekretär Helfferich hat sich zu verschiedenen Malen im Reichstage gegen das allgütliche Ansehen der direkten Steuerfrage ausgesprochen. Man befürchtet nämlich, daß jede direkte Steuer, sobald sie über ein ge- wisses bestimmtes Maß hinausgeht, die Kapitalbil- dung verlangsamt und die großen Ein- kommen aus dem Lande treibe. Diese Be- fürchtung trifft aber keineswegs zu; denn die Folgen einer solchen direkten Besteuerung lassen sich bei genügenden Vorbeugungsmaßnahmen sehr wohl vermeiden.

Aber wenn dies auch nicht in vollem Umfange der Fall wäre, so müßte man doch einen jeden direkten Besteuerung vor einer indirekten den Vorzug geben, weil letztere durch- aus unbillig ist. Sie will nämlich die Produktion (sondern und den Konsum belasten, und da der Produktionsfonds wesentlich aus den großen Einkommen gespeist wird, wäh- rend die kleinen Einkommen vorwiegend im Konsum auf- gehen, so bedeutet die Kapitaltheorie der indirekten Besteuerung tatsächlich eine Begünstigung der leistungs- fähigen und eine schwere Belastung der wirtschaftlich schwachen Volksteile. Und das widerspricht offenkundig der sozialen Moral. In der Praxis wird übrigens jedesmal mit dieser Schatztheorie gebrochen, wenn es sich um die Verschönerung neuer großer Einnahmen handelt. Wenn der Staat größere Ausgaben zu decken hat, so greift er jedesmal auf die größere Einkommen und Vermögen zurück, wie dies zum Beispiel bei der Wehrsteuer und der Krieg- steuernbesteuerung der Fall ist. Da läßt sich wirklich nicht einsehen, warum diese Maßnahmen nicht zur Regel werden sollten. Es entspricht nun einmal dem natürlichen Empfin-

den weiterer Volksteile, auf die der Staat im Zeitalter der Demokratie Rücksicht zu nehmen hat, daß die leistungs- fähigsten Schichten freierlich belastet und die schwachen so- gut wie möglichst entlastet werden.

So sehr das System der direkten Besteuerung nun auch den Grundgedanken der sozialen Moral und der höheren Ge- rechtigkeit entspricht, so bietet es doch bei seiner Verwirk- lichung manche Schwierigkeiten, vor denen die Steuerpoli- tiker zurückzusehen. Es ist nämlich Tatsache, daß die direkte Steuer von jedem Mann als eine Last empfunden wird, während man die indirekten Steuern gewissermaßen un- bemerkt zahlt. Darauf hat schon Wislizenus von Jahre- zehnten hingewiesen, indem er meinte, die indirekten Steuern merke kein Mensch, aber wenn der Gerichts- vollzieher die direkten Steuern abhole, so erregt das sittliche Unrecht. Hieraus erklärt sich das Bestreben, das sich in allen Schichten der Bevölkerung zeigt, sich von der Zahlung direkter Steuern zu drücken, da man sie nicht auf andere abwägen kann. Leider leidet der Grundgedanke, daß man bei jedem Menschen, bis man sich vom Gegenteil über- zeugt hat, eine strenge Pflichterfüllung voraussetzen soll, auf dem Gebiete des Steuerwesens ebenfalls Schiffbruch. Es ist eine traurige, aber wahre Tatsache, daß sonst sehr ehrsüchtige und anständige Menschen zur Steuerhinterziehung neigen, in der sie nichts Unrechtes erblicken, und daß diese Kröte mit der zu zahlenden Steuer wächst. So schwer es ist, im einzelnen Falle den Drückberger zu fassen, so zeigt uns doch die Statistik, daß die Zahl der wegen Steuer- hinterziehung bestrafte Personen in rascher Zunahme be- griffen ist. Obendrein werden noch die Bevölkerungs- schichten, deren Einkommen deutlich sichtbar oder leicht fest- stellbar ist, schwer belastet gegenüber jenen Kreisen, die über unsichtbare, aus verschiedenen Quellen gespeiste Einkünfte verfügen. Hierdurch wird der Vorzug der direkten Be- steuerung, nämlich die Steuerbilligkeit, allzu leicht ins Gegenteil verkehrt, weil zahlreiche, aus Handels-, In- dustrie- oder andern Kapital fließende Einkommen und Vermögen steuerfrei bleiben, während das Arbeitseinkommen der lebende Teil ist. Es ist also eine der wichtigsten Auf- gaben einer gerechten Steuerpolitik, der Steuerheben des Kapitals einen Niegel vorzulegen und Mittel und Wege zu erfinden, um den Drückbergen das Handwerk zu legen. Vor allem muß dem Kapital die Möglichkeit genommen werden, Schiedungen und Verschleierungen zum Zwecke der Täuschung des Steuerfiskus vorzunehmen oder gar mit seinem Raube am Volkvermögen ins Ausland zu flüchten.

Bei den hohen Anforderungen, die während des Krieges und nach dem Kriege an den Steuerfiskus gestellt werden, wird es sich wohl nicht vermeiden lassen, neben einer pro- gressiven Einkommensteuer auch noch Ergänzung- steuern einzuführen. Hierzu ist vielleicht eine Betriebs- steuer geeignet, die die leistungsfähigen, große Gewinne abverlehnenden Unternehmungen und Betriebszweige mit be- sonderen Steuern belegt und die schwachen, noch in der Ent- wicklung begriffenen Betriebszweige freiläßt. Besonders wenn es sich um Unternehmungen handelt, die Luxusgegen- stände erzeugen oder verarbeiten, kann es nicht unbillig ge- schlossen werden, hier die Steuerpflichten stärker anzudehnen. Auch die Frage der Staatsmonopole zur Erzielung hoher Einnahmen, die in diesem Zusammenhang nur ge- rechtigt werden kann, spielt in steuerlicher Beziehung eine wichtige Rolle. Selbstverständlich, wir wiederholen es noch einmal, haben die deutschen Arbeiter alle Ursache, ihre Macht auszunutzen, um die Steuerpolitik den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit anzupassen. Doch hierzu ein ein- seitiges Vorgehen eine unbedingte Notwendigkeit ist, ist eine Sinnlosarbeit, die kaum noch betont zu werden braucht. Auch von diesem Gesichtspunkte aus erscheint eine Zerpfitterung und die dadurch herbeigeführte Schwächung der modernen Arbeiterbewegung als ein verhängnisvolles Uebel. Will die deutsche Arbeiterschaft eine

gerechte Besteuerung, so muß sie zu einer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Macht werden, die bei der Neugestaltung der Dinge ins Gewicht fällt und ein gewich- tiges Wort mit spricht.

Die Spaltung

der sozialdemokratischen Partei.

Als sich im Frühjahr letzten Jahres ein Teil der sozial- demokratischen Reichstagsabgeordneten von der Reichstags- fraktion abgespalten und in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine besondere Fraktion gebildet hatte, sagten wir im „Grundstein“, es sei nun wohl kaum noch jemand so naiv, zu glauben, daß diese Spaltung der Fraktion nicht auch die Spaltung der Partei zur Folge habe. Das brachte uns einige Angriffe ein. Man sagte uns, die Spaltung der Fraktion sei noch lange nicht die Parteisplaltung, die Einheit der Partei werde sich auch bei dem Vorhandensein von zwei sozialdemokratischen Fraktionen erhalten lassen, und die feindlichen Kräfte würden sich wieder vertragen. In- zwischen haben die Dinge den Gang genommen, den sie nach unserer Überzeugung nehmen mußten: Die Spaltung der Partei ist durch die Einberufung einer Sonderkonferenz der Parteioptionen am 7. Januar und die darauf folgenden Beschlüsse des Parteiausschusses vom 18. Januar in aller Form erfolgt.

Eine einheitliche sozialdemokratische Partei gab es ja in Wirklichkeit seit langem nicht mehr. Seit Jahr und Tag werden die offizielle Partei, die Parteileitung und die Reichs- tagsoptionen von der Opposition in einer Weise bekämpft, wie die Sozialdemokratie vor dem Kriege selbst von dem berechtigten Reichsverband niemals bekämpft worden ist. Das war kein Kampf mit geistigen Waffen mehr, sondern ein planmäßiges Herunterreißen und Verschimpfen. Im Reichstag und in verschiedenen Landtagen haben sich besondere Fran- kationen der Opposition gebildet. Die selbstverständliche Vor- aussetzung jeder Demokratie, die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, wird von der Opposition seit langem nicht mehr beachtet. Mißbilligungen der Minderheit sind zu einer lächerlichen Erscheinung geworden. Parteikritiker wurden bekämpft und boykottiert, Parteigeschäfte an den Rand des Ruins gebracht. Und nicht nur die für eine demokratische Partei selbstverständliche Einheitlichkeit des Handbuchs hat aufgehört, sondern einzelne Wahlvereine haben auch bereits die Beitragsperre beschlossen. In den Versammlungen dieser Vereine wurde in der Beschimpfung der Parteileitung und der Parteimehrheit ebenfalls das menschenmögliche getrieben. In andern Kreisen, wo die Opposition zur Durchsetzung ihrer Absichten zu schwach war, bot sie alles auf, um wenigstens den Verlauf der Versammlungen zu stören. Alles das hat die Gesamtpartei mit einer Ruhe ertragen, die Verwunderung erregen muß. Als aber die Opposition zum 7. Januar eine Konferenz nach Berlin berief und dort den Kampf gegen die Partei innerhalb der Gesamtpartei planmäßig organisierte, da war das Maß dessen überflüssig, was eine Organisation, die sich nicht selber zugeben rüchert, noch ertragen kann. Der Parteiausschuß erklärte nun, die Mitglieder der Sozial- demokratischen Arbeitsgemeinschaft und ihre Anhänger hätten sich durch die Gründung einer Sonderorganisation an der- halb der Partei gestellt. Die Schaffung dieser Sonder- organisation und die Zugehörigkeit zu ihr seien un- vereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Es sei nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppel- spiel aller Parteierfänger ein Ende zu machen und die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen sei, die sie noch während des Krieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiter und der weiten Volksteile zu erfüllen habe.

Dieser Beschluß des Parteiausschusses bedeutet die Auflösung der Sonderfraktion innerhalb der Ge- samtpartei. Es ist kein Zweifel, daß die stehenden Geister der Parteioptionen und daß insbesondere die Gruppen der „Spartakisten“ und der „Internationalisten“

Januar, Straße 3. Al. West-
Januar, Straße 67. rial 1916. enes.
Januar, Tages-
Januar, und
nburg.



mit voller Absicht auf dieses Ziel hingearbeitet haben. Daran ändert auch das Geschimpfe der Blätter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nichts, die trotz allem, was die Gesamtpartei in den letzten zwei Jahren über sich hat ergehen lassen, noch von Unbuddsamkeit reden. Dieses Geschimpfe ist weiter nichts als Sand in die Augen derer, vor denen man die Verantwortung für die mit voller Absicht herbeigeführte Spaltung und Gründung einer Sonderorganisation nicht offen übernehmen mag. Jene Gruppen der Partei, die sich übernommen haben, den Kampf gegen die Partei zunächst innerwärts der Partei weiterzuführen, weil sie dabei auf die besten Erfolge hoffen konnten, und jene, die um die Herrschaft in der Partei und um die Parteiführer kämpften, mögen allerdings von dem Befehl des Parteiaussschusses unangenehm überrascht worden sein. Aber sie konnten nicht erwarten, daß die Partei ihrem Tun auf die Dauer untätig zusehen werde.

Wenn wir sagen, die Dinge hätten den Gang genommen, den sie nehmen mußten, so wollen wir damit nicht sagen, daß wir uns über das Ende einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei freuen oder daß uns die Spaltung erwidernswert erwidern würde. Ganz im Gegenteil! Wir waren und sind von der Notwendigkeit einer starken, einheitlichen Sozialdemokratie als politischer Interessensvertretung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften voll überzeugt und bedauern die während des Krieges vor sich gegangene Parteidividierung aus tiefster Seele. Gerade darum haben wir dieser Entwicklung von allem Anfang an entschieden entgegengetreten, bis wir uns von der Unmöglichkeit unserer Streben überzeugt hatten. Der Grund, weshalb es so kommen mußte, liegt vielmehr in den Dingen selbst, in den politischen Gegensätzen, die sich innerhalb der Partei aufgetan haben. Trotz allem Gegengang gibt es in der Parteiposition Gruppen von Leuten, die die Pflicht der Vaterlandsverteidigung nicht anerkennen. Der Gegensatz zwischen ihnen und der Parteimehrheit ist unüberwindlich. Bei dem Haß, den sie gegen die Träger der Politik vom 4. August hegen und der in ihren Pamphleten gegen die Parteimehrheit zum Ausdruck kommt, war eine Zusammenarbeit auf die Dauer einfach unmöglich; sie hätte sich auch nicht mehr mit den einfachsten Forderungen des politischen Anstandes vertrugen. Dazu kommt, daß während des Krieges die zusammenhaltende und zusammenführende Kraft der politischen Reaktion zum guten Teil weggefallen ist, jener Kraft, die bis zum Kriegsausbruch so manche Parteireihe überwinden half. Darum mußte es so kommen, wie es gekommen ist. Die Dinge haben eben ihre eigene Logik und entwickeln sich nach ihren eigenen Gesetzen!

Kein Zweifel, daß die Dinge auch in Zukunft so weitergehen werden. Die Dinge haben eben ihre eigene Logik und entwickeln sich nach ihren eigenen Gesetzen! Keine Partei, die mehr den Interessen der Arbeiter und der Gewerkschaften dienen kann als sie es unter dem Einfluß einer großen Zahl sozialdemokratischer Elemente in ihren Reihen könnte. Es ist auch so, wenn die Partei nach erfolgter Meinung über einen solchen Ausschluß nimmt, wenigstens der Widerstand auf die Arbeit nicht ohne Einspruch bleiben wird.

Es ist nun leider sicher, daß sich die „Spartakisten“ und „Internationalisten“ mit ihren „Erfolgen“ in der politischen Organisation der Arbeiterklasse nicht zufriedengeben. Sie werden den Kampf gegen die Gewerkschaften in der nächsten Zeit mit allem Eifer fortführen. Auch in der Arbeiterschaft gibt es Leute, die sich daran beteiligen. Man führt diesen Kampf unter dem Schlagwort: „Gegen die Gewerkschaftsinflanzungen!“ So empfahl der Reichsausschuß Dr. Joffe's Forderung — wenn wir nicht treten, ist Vergeßnis notwendig und Mühsal, weshalb er wohl besonders viel proletarisches Empfinden hat — in einer Berliner Versammlung, innerhalb der Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsinflanzungen und die sozialpatriotische Haltung der Gewerkschaftsinflanzungen, und zwar durch Gewinnung der Zeitungen. Das gleiche verlangte auf der Reichskonferenz die Spartakusgruppe in einer Resolution. Sie erstrebt zu diesem Zweck die Zusammenfassung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder, also anscheinend die Gründung von Sonderorganisationen innerhalb der bestehenden Verbände nach dem — nun allerdings mißlungenen — Muster in der Partei. Noch weiter gehen die „Internationalisten“ unter Julian Borchardts Führung. Diese Gruppe legte auf der Reichskonferenz der Opposition eine Resolution vor, die folgenden, auf den Kampf gegen die Gewerkschaften bezüglichen Satz enthält:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinflanzungen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Organisation der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsorgans.“

Diese Gruppe will also überhaupt Sonderorganisationen mit einem eigenen Gewerkschaftsblatt schaffen; wahrscheinlich will man die anarchosyndikalistischen Organisationen mit der Kriegsausbruch selbigen einschließen, „Einigkeit“ wieder erwecken. Die Gewerkschaften werden demnach in der nächsten Zeit ganz besonders auf der Hut sein müssen, damit ihnen nicht durch fanatische Menschen in ähnlicher Weise mitgeteilt

wird wie der sozialdemokratischen Partei. Je früher sie gegen etwaige Feinde in den eigenen Reihen einschreiten, um so geringer ist das Unheil, das ihre Gegner unter ihnen anrichten können.

Haben wir den Sozialismus im Land?

Zurzeit sind die Feinde der Arbeiterbewegung und die Gegner des Sozialismus eifrig bemüht, gegen den Sozialismus Stimmung zu machen. Sie tun das dadurch, daß sie die während des Krieges durchgeführten, lediglich aus Kriegsnotwendigkeiten geborenen, der Durchführung des Krieges dienenden Notmaßnahmen schamlos als „Sozialismus“ bezeichnen und indem sie an den jetzigen Verhältnissen darthun, wie unmöglich doch die dauernde Einführung des Sozialismus sei. Es ist das ein für vernünftige Menschen allerdings sehr durchsichtiger Versuch, die Unzufriedenheit großer Volksteile mit den heutigen Verhältnissen gegen den sozialistischen Gedanken auszunutzen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß bei den bis jetzt ergangenen Kriegsmassnahmen, von einer Bewusstseinsbildung des Sozialismus keine Rede ist. Der Sozialismus wird nicht verwirklicht, indem man einzelne untergeordnete sozialistische Gedanken verwirklicht und die eigentlichen sozialistischen Hauptgedanken unberücksichtigt läßt. Zum Sozialismus fehlt allen bisherigen Kriegsmassnahmen die Grundvoraussetzung, nämlich die Verwirklichung der Volkswirtschaftlichen Umverteilung, alle gesellschaftlichen Bestimmungen der Volkswirtschaft, die der allgemeinen Arbeitspflicht verbunden sind, die Ausbeutung des einen Volksteils durch den andern, sie verhindern nicht, sondern begünstigen sogar zum Teil die Ansammlung großer Privatvermögen auf der einen und die Verarmung großer Volksmassen auf der andern Seite. Das ist selbstverständlich kein Sozialismus, sondern das Gegenteil, und es gehört wahrlich große Dummheit oder aber abgrundtiefe Unwissenheit dazu, aus der großen Unzufriedenheit mit den jetzigen Kriegsmassnahmen das Scheitern des sozialistischen Gedankens abzuleiten. Denn die Unzufriedenheit weckt nur den Wunsch nach der Beseitigung der Verhältnisse, die den jetzigen Kriegsmassnahmen das Scheitern des sozialistischen Gedankens abgibt. Die Unzufriedenheit weckt nur den Wunsch nach der Beseitigung der Verhältnisse, die den jetzigen Kriegsmassnahmen das Scheitern des sozialistischen Gedankens abgibt. Die Unzufriedenheit weckt nur den Wunsch nach der Beseitigung der Verhältnisse, die den jetzigen Kriegsmassnahmen das Scheitern des sozialistischen Gedankens abgibt.

In der „Konsumgenossenschafts Rundschau“ vom 23. Dezember letzten Jahres beschäftigt sich Ernst Mosich mit diesen Dingen, wobei er zu dem gleichen Schlusse kommt wie wir. Er schreibt:

„In der Öffentlichkeit ist die Bezeichnung der staatlichen Eingriffe in unsere Volkswirtschaft als Anlaß des Krieges ausschließlich mit dem Begriff „Staats- oder Kriegsozialismus“ erfolgt. Kritisch hat man Notstandsmaßnahmen, die einerseits im Interesse der Gesamtheit, andererseits aber doch auch vor allem zur Erhaltung kapitalistischer, privatrechtlicher Betriebe erfolgten, in das Zeichen des „Sozialismus“ gestellt. Da es sich hier ausschließlich um Vorgänge auf dem Gebiet der Wirtschaft handelt, kann man von einer sozialistischen Definition des Begriffs „Sozialismus“ im weiteren Sinne ganz absehen. Neben wir also ganz auf dem Gebiet der Wirtschaft, unteruchen wir hier, was „Sozialismus“ heißt und stellen wir dann fest, ob wir berechtigt sind, heute vom Sozialismus im Wirtschaftsleben zu sprechen.“

Der Wirtschaftsozialismus hat sich die Überwindung des Kapitalismus durch Aufhebung oder Verminderung des privaten Eigentums und privaten Vermögens (Kapitalismus, Unternehmertum) erstrebt. Das ist die Grundidee des Kommunismus wie auch des — das genossenschaftliche Prinzip anerkennenden — Kollektivismus. Hieraus geht schon hervor, daß die meisten Kriegsmassnahmen auch nicht im entferntesten sozialistischen Geistes sind. Abschwächungen aller großer Härten und hier und da Befreiung aller unangenehmen Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems tragen wohl sozialreformatorischen Charakter. Die, die es tatzen, wären aber wohl sehr zu kritisieren, wenn man ihnen damit sozialistisches Handeln unterstellen wollte. Und wenn man die Haltung unserer regierenden Kreise jetzt beim Hilfsdienstgesetz ansieht und die schweren Mühen kennt, die es gekostet hat, ehe die Arbeiter- und Angestellteninteressen während der Kriegsjahre durchgesetzt waren, der weiß ganz genau, wie wenig sozialer Willkür in den bestehenden Stellen vorhanden ist.

Das, was wir jetzt in starkem Maße haben, ist vielmehr Staatssozialismus zu benennen. Der Staatssozialismus ist seinem ganzen Wesen nach den wirtschaftsozialistischen Ideen fremd. Nur äußerlichen Gleichartigen verdonkelt er seinen vielversprechenden Namen. Können wir uns und doch heute ganz gut Staatssozialismus denken, der, politisch von einer autoritären, patriarchalischen Verfassung getragen, wie der radikalste Marxismus alle Produktionsmittel verstaatlicht, aber wie in den Zeiten privatrechtlicher Wirtschaftorganisation die Unterwerfung und -verteilung regelt. Sehr richtig nennt U. von Wiesse ein solches Organisationsystem „Staatskapitalismus“. Und wenn wir heute all die Einrichtungen unserer Kriegswirtschaft mit ihren starken staatlichen Eingriffen und den gleichzeitig fast ins Unermessliche steigenden Kriegsgewinnen betrachten, dann scheint es wohl auch angebracht, heute nicht vom Staatssozialismus oder Kriegsozialismus, sondern von Staatskapitalismus zu reden. Wir werden bei Ausgang des Krieges nicht vor der Wahl stehen: hie Kapitalismus, hie Sozialismus, sondern die tatsächliche

Formel wird sein: hie Staatskapitalismus, hie Privatkapitalismus.“

So ist es! Und Mosich hat auch ganz recht, wenn er auf die Gefahr hinweist, die sich für den Unheimlichen, ob er Konsumist oder Arbeiter sei, aus dem Staatskapitalismus ergeben kann. Diese Gefahr, die er in der drohenden Verengung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit sieht, könne nur durch die Arbeiterbewegung und politische Sozialdemokratie abgewehrt werden. „Die Gefahren, die in der Entwidlung zum Staatskapitalismus liegen, indem er sich eben unter der politischen Herrschaft der wirtschaftlichen Macht haben zum Staatskapitalismus wandelt, lehren uns von neuem, daß der Sozialismus nicht von oben, sondern nur von unten herauf, und zwar in fortgesetzter, gründlicher Organisationsarbeit kommen kann. Auf diesem Wege allein — auf dem Wege der Genossenschaft und der Gewerkschaft — können wir zum Ziel, zum Sozialismus gelangen.“

Möchten sich doch alle Arbeiter über die Wahrheit dieser Worte klar werden! Sie besagen, daß die Arbeiter den Sozialismus nicht eines schönen Tages von selbst bekommen werden, daß er ihnen auch nicht zufällig infolge Demonstrationen und revolutionärer Reden, sondern daß sie ihn selbst aufbauen müssen in unermüdlicher praktischer Arbeit.

Zwei Rundgebungen der deutschen Gewerkschaften.

Ans Anlaß der Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Ententeemächte haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichstag folgende Schreiben gerichtet:

„Ew. Excellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands abgelehnt. Das bewies die freudige Aufnahme der Befreiung des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen folgende Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand. Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen. In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsgewinne aufgestellt, die nur nach Friedenshand zu erreichen sind. Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausender Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen. Ein unangenehmes Bedauern der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei. Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angelegentlich der Kampfesfronten keine Erörterung. Auch keine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir vernehmen nicht, daß die Völkervereinigung Deutschlands vom Weltmarke und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel sowie die Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke bevorsteht, ist die Antwort der Entente drohend, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Bedürfnis vorhanden ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft. Die Antwort der Entente behauptet, eben Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verbleibungsstadium befindet. In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung ansetzen. Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Blutvergießen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Wünschen der andern Nationen stehen.“

„In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung ansetzen. Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Blutvergießen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Wünschen der andern Nationen stehen.“

„Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsgewinne auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können. Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausender Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen. Ew. Excellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 erklärt, daß der Wunsch des deutschen Volkes, die Organisation der Existenz des Reiches zu sichern, die Antwort der Entente auf die Friedensnote der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsgewinne auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können. Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausender Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen. Ew. Excellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 erklärt, daß der Wunsch des deutschen Volkes, die Organisation der Existenz des Reiches zu sichern, die Antwort der Entente auf die Friedensnote der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsgewinne auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können. Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausender Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.“

den. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Soldate und Weiber. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre... (text continues)

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Feststellung vom 15. Januar.

Aus den beiden Bezirken Bremen und München ist der Bericht ausgefallen. Das Zilergebnis erstreckt sich deshalb nur über 724 von 728 in den bezirksweisen... (text continues)

Arbeitslosenunterstützung ist in der Weichselniederung nur in 6 Fällen ausgeglichen worden. Es werden hier noch einige Arbeitslosengeldstellen aus dem Monat Dezember zu unterstützen... (text continues)

Table with 10 columns: Bezirk, Zahl der Angehörigen, Zahl der Arbeitslosen, etc. Rows include Königberg, Bromberg, Stettin, etc.

Berichte.

Ausgang. (Jahresbericht.) Beginnlich durch einen überaus milden Winter, konnte die Weichselniederung... (text continues)

eines Teiles unserer Kriegsteilnehmer steht im umgekehrten Verhältnis zu dem des Verbands gegenüber. Dieser steht es mit der Weichselniederung. Es wurden 13.806... (text continues)

Wider. (Jahresbericht.) Während wir in den dem Kriege vorangehenden Jahren eine größere Arbeitslosigkeit hatten, die zu Beginn des Krieges noch zunahm... (text continues)

Gepp Derter hat keine Seele!

In Nr. 2 des „Grundstein“ haben wir im Anschluß an einen Bericht aus Braunschweig die Haltung... (text continues)

A. N. Mein, wir werden uns mit dem „Grundstein“ nicht befassen. Bei dem gegenwärtigen... (text continues)

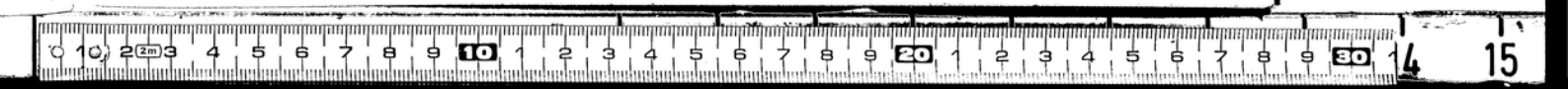
der Arbeiterbewegung ein nach unserer Lebenszeugung nachhaft verbrecherisches Spiel mit dieser Bewegung zu spielen. Es ist gut, wenn größere Kreise der Arbeiter... (text continues)

„In letzter Zeit ist es öfter von dem „berühmten“ Niederbarnimer Referentmaterial und seinem angeblichen Verfasser, Herrn Sepp Derter, Vorsitzender des sozialdemokratischen Bildungsausschusses von Niederbarnim, die Rede gewesen. Der Mann scheint ein... (text continues)

In der „Wuchsbinderzeitung“ wird dann weiter erzählt, daß Herr Sepp Derter seine Nichtanstellung im Wuchsbinderverband... (text continues)

„Mit dieser vorzüglichen Meinung, die Herr Derter von sich selbst hatte, verband er dann noch das Glaubensbekenntnis: „Ich war ein Arbeiter.“ Allerdings bedingt es meine... (text continues)

Das ist der Mann, der am Zentralorgan der einzig wahren Sozialisten, am Braunschweiger „Vollstreub“ als „Sozialist“ die Partei und Gewerkschaften... (text continues)



wir selbstverständlich auch den Anarchisten zu; aber dann...

Wir haben Herrn Dexter nicht gern so viel von unserm...

Mißverhältnis zwischen Löhnen und Nahrungsmittelpreisen in England.

Unter dieser Überschrift finden wir in bürgerlichen...

Die letzten veröffentlichten amtlichen englischen Zahlen...

Was in dieser Notlage nicht richtig ist; aber es trifft...

Ein Unterstützungsschwindler ausgeschlossen und angezeigt.

Unter den Gründen, die in der Sitzung des Verbands...

Vom Bau.

Unfälle. Auf der Baustelle von S. Singesleben Elektron...

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues bedeuft...

Eingegangene Schriften.

Für Kaninchenzüchter und solche, die es werden wollen...

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Vom 15. bis 21. Januar haben folgende Zweigevereine...

gard i. M. 23,80, Schnellen 16,60, Straußberg 158,90, Streifen...

Kalenber: Altenburg 4,5, Nachen 2,50, Wpolda 5, Mfcherleben...

Sterbetafel.

Dresden. Am 16. Januar starb unser Mitglied August Zimmermann...

Berammungen.

Berlin 1. (Frankenfasse). Mittwoch, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr...

